

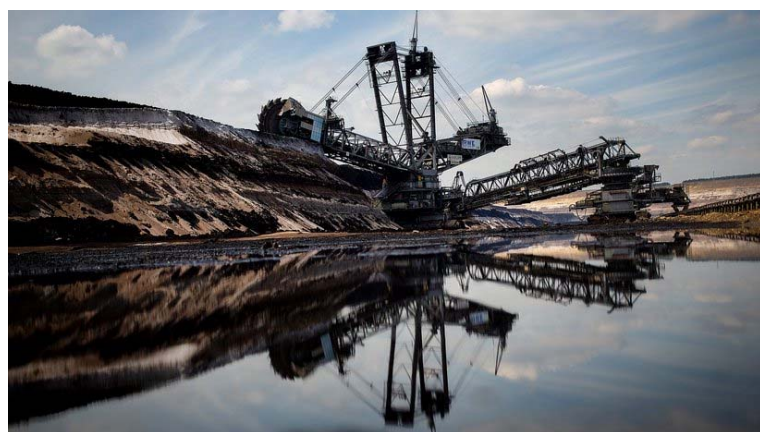
Klimawandel

Wir schweigen uns zu Tode

Der Klimawandel sei zu fern und abstrakt für den Wahlkampf, heißt es. Das ist grundfalsch. Beim dringendsten Thema unserer Zeit versagen Medien und Politik.

Von **Maximilian Probst** und **Daniel Pelletier**

18. September 2017, 21:05 Uhr / 404 Kommentare



Ein Braunkohletagebau in Garzweiler © Krisztian Bocsi/Getty Images

Die westliche Welt ist offenbar eingenickt: Klimawandel? Langweilig. So seltsam das ist, noch mehr erstaunt der Zeitpunkt: als würde man mit dem Auto auf eine Wand zurasen und dann, statt auf die Bremse zu treten, plötzlich in den Schlaf sinken. In vielen Ländern fürchten sich sogenannte besorgte Bürger vor einer Überfremdung, aber nicht vor der Überhitzung des Planeten, die längst Realität ist. Man hat Angst, irgendwelche Traditionen, die wie der Weihnachtsmann meist gerade erst erfunden wurden, könnten durch die derzeitigen Migrationsbewegungen verloren gehen. Dabei geht längst ganz anderes verloren: Unzählige Lebensformen, die in einem Zeitraum von 65 Millionen Jahren entstanden sind, werden zurzeit ausgelöscht. Durch extreme Wetterlagen wie Dürre, Taifune, Überschwemmungen sterben vor allem auf der südlichen Halbkugel Tausende Menschen und Hunderttausende ergreifen die Flucht.

In der deutschen Debatte ist der Klimawandel aber nur eine Randnotiz. Fast jede zweite Talkshow beschäftigt sich mit dem Islam-Komplex, über die Erderwärmung oder den Ausstieg aus der fossilen Energie wird in diesem populären Medienformat

aber seit Jahren kaum noch gestritten. Das Thema könnte relevanter nicht sein, gerade jetzt, da die USA unter Donald Trump aus dem Pariser Klimaabkommen ausgetreten sind; gerade jetzt, da absehbar wird, dass sich das vereinbarte Ziel, den globalen Temperaturanstieg weltweit unter zwei Grad zu halten, kaum noch erreichen lässt.

Lauter falsche Gründe, nicht darüber zu reden

Nun wird man einwenden, dass der Klimawandel zu abstrakt sei, um in den Zeitungen, im Fernsehen oder im Wahlkampf konkret diskutiert zu werden; man wird zu bedenken geben, dass die von ihm verursachten Schäden Deutschland noch nicht erreicht haben und die Bedrohung noch zu fern und unsicher erscheine. Vor allem aber wird man sagen, dass der Klimawandel ein globales Phänomen sei, das sich nur mittels globaler Kooperation in den Griff bekommen lasse.

Doch diese drei Einwände haben eins gemeinsam: Sie sind grundlegend falsch.

ANZEIGE

Zum ersten Einwand: Dass der Klimawandel derzeit viele Menschen kaum aufregt, sagt wenig über das Thema aus, viel aber über die Medien. Erst durch sie definiert die Gesellschaft, was wichtig und was unwesentlich ist. "Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien", schrieb der Systemtheoretiker Niklas Luhmann: Wenn der Klimawandel also nicht als die Hauptkrise unserer Zeit gesehen wird und wenn seine Erwähnung nur gelangweiltes Schulterzucken hervorruft, dann liegt das überwiegend daran, dass die Massenmedien die nachgeordnete Migrationsfrage als wichtiger und realer präsentieren. Wenn das TV-Duell zwischen Merkel und Schulz [<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/angela-merkel-martin-schulz-tv-duell-fazit>] damit endet, dass sie sich zeitlich gesehen zu 31 Prozent mit Abschiebung befasst haben und zu null Prozent mit dem Klimawandel, dann liegt das nicht in der Natur der Sache, sondern erklärt sich durch die mediale Konstruktion unserer Realität.

Der Wandel betrifft uns direkt

Wie heikel das ist, zeigte sich zuletzt im Wahlkampf der USA. Nachweislich sind durch Stürme [<http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2017-09/hurrikane-klimawandel-irma-jos-harvey-wirbelsturm-interview-klimaforschung-statistik>] und Überschwemmungen, deren Wahrscheinlichkeit durch die Erderwärmung wächst, in den letzten Jahren mehr Menschen getötet worden als durch islamistische Attentate. Trotzdem drehte sich der Wahlkampf medial komplett um das Thema Terrorismus,

Integration und Islam, wie eine Studie der Universität Harvard [<https://cyber.harvard.edu/publications/2017/08/mediacloud>] kürzlich eindrucksvoll dokumentierte. Das war selbst in der Berichterstattung über Clinton der Fall, die eigentlich in ihrem Wahlprogramm viel zum Thema Klimawandel zu sagen hatte. Seither hat die konstruierte mediale Realität, dass die Klimakrise zu vernachlässigen sei, mit der Wahl Trumps und dessen Ausstieg aus dem Pariser Abkommen ganz neue Realitäten geschaffen.

Zum zweiten Einwand: Ist die vom Klimawandel ausgehende Bedrohung in Deutschland noch zu fern und unsicher, als dass sie zum dominanten politischen Thema werden könnte? Wer das glaubt, übersieht, wie der Klimawandel schon jetzt bei uns angekommen ist. Nicht nur durch extreme Hitzeperioden, milde Winter und ungewöhnlich starke Regenfälle. Entscheidend ist vielmehr, dass die Welt durch die gestiegene Mobilität, Kommunikation und wirtschaftliche Verflechtungen tatsächlich zum Dorf geworden ist. Was unsere Nachbarn betrifft, betrifft auch uns.

Petro-Staaten fördern nicht nur Öl, sondern auch Propaganda und Terrorismus

Ohnehin fragile politische Systeme kollabieren vollends unter verschärften klimatischen Bedingungen. Die historischen Dürre etwa, die Syrien zwischen 2006 und 2009 heimsuchte, verschärfte soziale Spannungen im Land und trug damit zum Ausbruch des Aufstands 2011 und später des Bürgerkrieges und der Massenflucht bei. Das Muster findet sich auch in Südostasien und auf dem afrikanischen Kontinent. Schon heute sind Umweltkatastrophen der wichtigste Faktor hinter den weltweiten Migrationsbewegungen. Gegen den Klimawandel zu kämpfen hieße deshalb auch Fluchtursachen zu bekämpfen.

Hinzu kommt, dass alle bedeutenden Petro-Staaten – von Nigeria über die Autokratien des Nahen Ostens bis hin zu Russland, mit Ausnahme Norwegens, aber einschließlich den USA unter Trump – neben Öl im großen Stil auch Propaganda, wenn nicht Terrorismus und Bürgerkriege fördern. Vor diesem Hintergrund ist die nun technisch gegebene Möglichkeit, das verfluchte Öl aus den Tiefen der Erde durch dezentral produzierten und genutzten Strom aus Sonne und Wind zu ersetzen, buchstäblich ein Geschenk des Himmels.

Nun wird man den dritten Einwand geltend machen wollen: Schön und gut, aber eine globale Energiewende ist ein globales Projekt, was soll da Deutschland allein ausrichten können? Die schlichte Antwort darauf lautet: mehr als man glaubt. Jeder Wandel beginnt mit einer Avantgarde. England hat die Welt um 1800 im Alleingang in die Industrialisierung und damit ins fossile Zeitalter geführt. Der Reichtum, den Kohle und Öl in dieser Epoche produziert haben, ist gewaltig. Doch diese ebenso glänzende wie dunkle Zeit neigt sich ihrem Ende zu. Rechnet man Subventionen und

Umweltschäden der fossilen Energie mit ein, übersteigen ihre Kosten längst den Nutzen. Nun werden ein paar wenige Länder, vielleicht sogar nur ein paar Unternehmen, die Welt in eine nachfossile Ära führen.

Endlich auf der Höhe der Technik debattieren

Das beste Beispiel dafür ist das amerikanische Unternehmen Tesla. Im Jahr 2003 vom Internetpionier Elon Musk mit dem Ziel gegründet, den Umstieg auf erneuerbare Energien voranzutreiben, holte Tesla aus dem Stand und auf eigene Faust das Elektroauto aus der Öko-Nische. In wenigen Jahren und mit einem Bruchteil des Budgets, das traditionellen Autoherstellern zur Verfügung steht, hat Tesla das Elektroauto an die Schwelle des Massenmarkts katapultiert. Weltweit sind Autohersteller nun gezwungen nachzuziehen, um den Umstieg nicht zu verschlafen.

Was Elon Musk für das Elektroauto geleistet hat, könnte Deutschland für die Energiewende schaffen. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz hat sich die Bundesrepublik dafür bereits in die beste Ausgangslage gebracht. Die Förderung des grünen Stroms führte in den vergangenen Jahren zu einem immensen Innovationsboom. Wenn nun Deutschland als eine der größten Industrienationen unter Beweis stellt, dass eine grüne Volkswirtschaft technisch möglich ist und sich finanziell auszahlt, wird das Beispiel auch in anderen Ländern kopiert.

Die erste Voraussetzung dafür wäre, genauer hinzuschauen, wie weit die technischen Möglichkeiten schon gediehen sind. Während etwa Braunkohle in Deutschland noch immer finanziell gefördert wird, hat in der Nordsee gerade der erste subventionsfreie Windpark seinen Betrieb aufgenommen.

Deutschland müsste endlich auf der Höhe der Technik debattieren, wohin es in der Zukunft gehen kann und soll: Wollen wir den Klimawandel wirksam bekämpfen und das Land dafür rüsten, mit erneuerbaren Energien autark zu sein? Oder sollen wir, wie uns die vermeintlichen Patrioten der AfD vorschlagen, den Klimawandel leugnen, Flüchtende bekämpfen und das Land energiepolitisch Russland mit seinen Staatsunternehmen Rosneft und Gazprom ausliefern?

Wenn wir darüber nicht zu reden beginnen, schweigen wir uns noch zu Tode.

ANZEIGE

ANZEIGE